

Verordnung über das kantonale Ordnungsbussenverfahren (Kantonale Ordnungsbussenverordnung, KOBV)

Vom 5. Mai 2020

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt,

gestützt auf §§ 23 Abs. 2 und 32 des Übertretungsstrafgesetzes (ÜStG) vom 13. Februar 2019¹⁾, unter Verweis auf seine Erläuterungen Nr. **P200656**,

beschliesst:

I.

§ 1 Ordnungsbussenliste

¹ Übertretungen des kantonalen Rechts, die mit Ordnungsbussen geahndet werden, sind mit den entsprechenden Bussenbeträgen im Anhang zu dieser Verordnung (Ordnungsbussenliste) aufgeführt.

§ 2 Zuständige Polizeiorgane

¹ Ordnungsbussen nach den Ziffern 02.1., 02.2., 02.4., 05.1 und 09.1. der Ordnungsbussenliste können auch von Angehörigen der Kantonspolizei in zivil erhoben werden.

² Ordnungsbussen nach den Ziffern 06.2., 06.3., 12.1., 12.2., 12.3., 12.4., 12.5., 14.1., 14.2., 14.3. und 14.4. der Ordnungsbussenliste können auch von Angehörigen des Amts für Umwelt und Energie erhoben werden, die durch ihre Kleidung als solche gekennzeichnet sind.

³ Ordnungsbussen nach den Ziffern 13.1. und 13.2. können auch von den Revierförsterinnen und Revierförstern, der Kreisforstingenieurin oder dem Kreisforstingenieur und der Kantonsforstingenieurin oder dem Kantonsforstingenieur erhoben werden, die durch ihre Kleidung als solche gekennzeichnet sind.

§ 3 Weisungsbefugnis der Kantonspolizei

¹ Die Kantonspolizei hat gegenüber den weiteren zuständigen Polizeiorganen Weisungsbefugnis.

§ 4 Quittung

¹ Die Quittung für die Ordnungsbusse enthält die folgenden Angaben:

- a) Bezeichnung des zuständigen Polizeiorgans;
- b) Datum, Zeit und Ort der Widerhandlung;
- c) erfüllter Übertretungstatbestand;
- d) Bussenbetrag;
- e) Beschreibung der allenfalls eingezogenen Gegenstände und Vermögenswerte;
- f) Ort und Datum der Ausstellung;
- g) Name und Vorname der Person, welche die Quittung ausgestellt hat.

§ 5 Bedenkfristformular

¹ Das Bedenkfristformular hat mindestens die folgenden Angaben zu enthalten:

- a) Name, Vorname, Geburtsdatum, Heimatort/Staatsangehörigkeit und Wohnort der fehlbaren Person;
- b) Datum der Abgabe des Formulars;
- c) Hinweis, dass das ordentliche Strafverfahren durchgeführt wird, sofern die Busse nicht innerhalb von 30 Tagen bezahlt wird; vorbehalten bleibt lit. d;

¹⁾ SG [253.100](#)

- d) Hinweis, dass der hinterlegte Betrag mit der Ordnungsbusse verrechnet wird, sofern die fehlbare Person die Ordnungsbusse innerhalb von 30 Tagen ausdrücklich akzeptiert oder die Bedenkfrist unbenutzt abläuft;
- e) Bezeichnung des zuständigen Polizeiorgans;
- f) Datum, Zeit und Ort der Widerhandlung;
- g) erfüllter Übertretungstatbestand;
- h) Bussenbetrag;
- i) Beschreibung der allenfalls sichergestellten Gegenstände und Vermögenswerte;
- j) Ort und Datum der Ausstellung;
- k) Name und Vorname der Person, die das Formular ausgestellt hat.

² In Fällen nach § 29 ÜStG kann das Bedenkfristformular als Steckzettel verwendet werden. Dabei hat das Bedenkfristformular anstelle der Angaben nach Abs. 1 lit. a das Fahrzeugkennzeichen zu enthalten.

§ 6 Erfassung von Personendaten

¹ Bezahlt die fehlbare Person die Ordnungsbusse sofort, dürfen die Kantonspolizei und die weiteren zuständigen Polizeiorgane weder Personendaten erfassen noch Akten anlegen.

² Bezahlt die fehlbare Person die Ordnungsbusse innert der Bedenkfrist, haben die Kantonspolizei und die weiteren zuständigen Polizeiorgane die Kopie des Bedenkfristformulars zu vernichten und sämtliche erfassten Personendaten zu löschen.

II. Änderung anderer Erlasse

1.

Verordnung betreffend die Zuständigkeiten vom 9. Dezember 2008 ²⁾ (Stand 1. Januar 2019) wird wie folgt geändert:

§ 2 Abs. 1

¹ Für die nachgenannten Gesetze werden folgende Behörden für zuständig erklärt:

3. *Aufgehoben.*

2.

Verordnung über die amtliche Vermessung (VOAV) vom 7. August 2012 ³⁾ (Stand 1. Januar 2019) wird wie folgt geändert:

§ 31 Abs. 2 (geändert)

² Grenzverrückung sowie Beseitigung von Vermessungszeichen und staatlichen Grenzzeichen sind gemäss Art. 256 und Art. 257 des Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937 strafbar.

3.

Verordnung über die Durchführung des polizeilichen Ermittlungsverfahrens bei Vergehen und Übertretungen vom 21. Dezember 2010 ⁴⁾ (Stand 1. Januar 2020) wird wie folgt geändert:

Anhänge Die geänderten Anhänge 1-3 werden im Anschluss an den Anhang Ordnungsbussenliste abgebildet.

Anhang 1: Zuständigkeit der Kantonspolizei zur Durchführung des polizeilichen Ermittlungsverfahrens bei Vergehen (**geändert**)

Anhang 2: Zuständigkeit für die Durchführung des polizeilichen Ermittlungsverfahrens bei Übertretungen (**geändert**)

Anhang 3: Zuständigkeit bei von Jugendlichen begangenen Vergehen und Übertretungen (**geändert**)

²⁾ SG [153.110](#)

³⁾ SG [214.320](#)

⁴⁾ SG [257.110](#)

4.

Verordnung betreffend das Halten von Hunden (Hundeverordnung) vom 10. Juli 2007⁵⁾ (Stand 1. Juli 2016) wird wie folgt geändert:

§ 1 Abs. 3 (aufgehoben), Abs. 4 (aufgehoben)

³ *Aufgehoben.*

⁴ *Aufgehoben.*

§ 13 Abs. 2 (geändert)

² Wird nach der dritten Mahnung die Steuer nicht bezahlt, erfolgt die Einleitung eines Strafverfahrens.

§ 31

Aufgehoben.

5.

Verordnung über den Tierschutz (Tierschutzverordnung) vom 7. Februar 2012⁶⁾ (Stand 12. Februar 2012) wird wie folgt geändert:

Ingress (geändert)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt,

gestützt auf Art. 42 des Tierschutzgesetzes (TSchG) vom 16. Dezember 2005⁷⁾ und § 19 des Übertretungsstrafgesetzes (ÜStG) vom 13. Februar 2019⁸⁾,

beschliesst:

6.

Verordnung über das Bestattungs- und Friedhofwesen (Friedhofordnung) vom 18. Juni 2013⁹⁾ (Stand 1. Juli 2013) wird wie folgt geändert:

§ 49 Abs. 6 (geändert)

⁶ Wird ein Grabmal ohne Bewilligung gesetzt, ausgetauscht oder verlegt, erfolgt die Einleitung eines Strafverfahrens wegen Widerhandlung gegen das Gesetz betreffend die Bestattungen.

§ 80

Aufgehoben.

7.

Verordnung über den Schulbesuch, die Absenzen, Dispensationen und Disziplinar massnahmen (Absenzen- und Disziplinarverordnung) vom 20. Mai 2014¹⁰⁾ (Stand 14. August 2017) wird wie folgt geändert:

§ 11 Abs. 2 (geändert)

² In den Schulen der beruflichen Grundbildung entlasten Verpflichtungen des Lehrbetriebs nicht vom Besuch des Unterrichts. Lehrbetriebe, die ihre Lernenden vom Besuch der Schule abhalten, werden auf Antrag der Schulleitung durch den Bereich Mittelschulen und Berufsbildung verwarnt. Im Wiederholungsfall erfolgt durch den Bereich Mittelschulen und Berufsbildung eine Strafanzeige wegen Widerhandlung gegen § 51 Abs. 1 des Kantonalen Gesetzes über die Berufsbildung vom 12. September 2007. Die Massnahmen sind den Erziehungsberechtigten mitzuteilen.

⁵⁾ [SG 365.110](#)

⁶⁾ [SG 365.500](#)

⁷⁾ [SR 455](#)

⁸⁾ [SG 253.100](#)

⁹⁾ [SG 390.110](#)

¹⁰⁾ [SG 410.130](#)

§ 31 Abs. 1

¹ Die Schulleitung kann in den übrigen Schulen der beruflichen Vor- und Grundbildung die folgenden disziplinarischen Massnahmen ergreifen:

- d) **(geändert)** schriftliche Verwarnung mit Androhung eines Antrags auf Auflösung des Lehrverhältnisses gemäss lit. f;
- e) *Aufgehoben.*

8.

Verordnung betreffend die Denkmalpflege (Denkmalpflegeverordnung, DPV) vom 20. Dezember 2016 ¹¹⁾ (Stand 1. Januar 2019) wird wie folgt geändert:

§ 45 Abs. 1 (geändert)

¹ Die Kantonale Denkmalpflege kann zur Vollstreckung von Verfügungen ein Strafverfahren nach Art. 292 des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937 einleiten.

9.

Verordnung betreffend Messen und Märkte in der Stadt Basel vom 16. Juni 2009 ¹²⁾ (Stand 26. Februar 2017) wird wie folgt geändert:

Ingress (geändert)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt,

gestützt auf § 50 des Gesetzes über die Nutzung des öffentlichen Raumes (NöRG) vom 16. Oktober 2013¹³⁾,

beschliesst:

§ 44 Abs. 1 (geändert)

Strafbestimmungen (Überschrift geändert)

¹ Wer den Vorschriften dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird mit Busse bestraft.

10.

Verordnung zum Trödel- und Pfandleihgewerbe (Trödel- und Pfandleihverordnung, TPV) vom 21. Juni 2011 ¹⁴⁾ (Stand 1. Juli 2011) wird wie folgt geändert:

§ 29 Abs. 1 (geändert)

¹ Wer den Bestimmungen dieser Verordnung sowie den gestützt darauf erlassenen Vorschriften und Anordnungen der zuständigen Behörden zuwiderhandelt, wird mit Busse bestraft.

11.

Verordnung über explosionsgefährliche Stoffe (Kantonale Sprengstoffverordnung) vom 13. Oktober 1981 ¹⁵⁾ (Stand 1. Januar 2009) wird wie folgt geändert:

§ 5 Abs. 1 (geändert)

¹ Die fachgerechte Verwendung von Schiess- und Schwarzpulver bei historischen Anlässen wie Vogel Gryff, Barbaraschiessen, 1. August ist – unter Vorbehalt von § 66a des Gesetzes betreffend die Kantonspolizei des Kantons Basel-Stadt (Polizeigesetz, PolG) vom 13. November 1996 – erlaubt.

¹¹⁾ [SG 497.110](#)

¹²⁾ [SG 562.320](#)

¹³⁾ [SG 724.100](#)

¹⁴⁾ [SG 562.530](#)

¹⁵⁾ [SG 568.400](#)

12.

Verordnung zum Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raumes (NöRV) vom 14. Februar 2017 ¹⁶⁾ (Stand 20. Februar 2020) wird wie folgt geändert:

§ 61 Abs. 1

¹ Zur Vollstreckung von Verfügungen ergreift das Tiefbauamt folgende Massnahmen:

- b) **(geändert)** Einleitung eines Strafverfahrens wegen Widerhandlung gegen § 48 Abs. 1 NöRG und § 14 Abs. 1 lit. a des Übertretungsstrafgesetzes (ÜStG) vom 13. Februar 2019 .
- c) **(geändert)** Einleitung eines Strafverfahrens wegen Ungehorsams nach Art. 292 des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937, soweit keine andere Strafbestimmung anwendbar ist.

13.

Verordnung über die Strassenprostitution vom 19. Dezember 2006 ¹⁷⁾ (Stand 25. Mai 2008) wird wie folgt geändert:

Ingress (geändert)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt,

gestützt auf § 10 Abs. 1 des Übertretungsstrafgesetzes (ÜStG) vom 13. Februar 2019 ¹⁸⁾, beschliesst:

§ 1

Aufgehoben.

§ 2 Abs. 1 (geändert)

¹ Als Toleranzzonen gelten:

Grossbasel:

Güterbahnhof Wolf

vor Dienstgebäude und Frachtgutexpedition.

Kleinbasel:

Webergasse / Ochsen-gasse / Teichgässlein

Webergasse: Teilstück Untere Rebgasse bis Ochsen-gasse,

Ochsen-gasse: Teilstück Webergasse bis Teichgässlein,

Teichgässlein: Teilstück Ochsen-gasse bis Untere Rebgasse.

14.

Bau- und Planungsverordnung (BPV) vom 19. Dezember 2000 ¹⁹⁾ (Stand 1. April 2019) wird wie folgt geändert:

§ 66 Abs. 1 (geändert)

¹ Zur Vollstreckung von Verfügungen ergreift das Bau- und Gastgewerbeinspektorat folgende Massnahmen:

- a) **(geändert)** Ersatzvornahme durch das Bau- und Gastgewerbeinspektorat selbst oder durch beauftragte Dritte auf Kosten der säumigen oder verhinderten Pflichtigen. Die Kosten sind durch besondere Verfügung festzusetzen.
- b) **(geändert)** Einleitung eines Strafverfahrens wegen Widerhandlung gegen baupolizeiliche Bestimmungen sowie gegen Vorschriften über die Zweckentfremdung von Wohnraum.

¹⁶⁾ [SG 724.110](#)

¹⁷⁾ [SG 724.500](#)

¹⁸⁾ [SG 253.100](#)

¹⁹⁾ [SG 730.110](#)

- c) **(geändert)** Einleitung eines Strafverfahrens wegen Ungehorsams nach Art. 292 des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937, soweit keine andere Strafbestimmung anwendbar ist.

15.

Verordnung über den Brandschutz vom 21. Dezember 2004²⁰⁾ (Stand 1. Januar 2009) wird wie folgt geändert:

Titel nach § 41 (neu)

V.^{bis} Strafbestimmungen

§ 41a (neu)

Strafbestimmungen

¹ Wer den Vorschriften dieser Verordnung sowie den darauf gestützten Vorschriften und Anordnungen der zuständigen Behörden zuwiderhandelt, wird mit Busse bestraft, insbesondere wer:

- a) den Vorschriften über den Betrieb und den Unterhalt von Feuerungs- und Abgasanlagen zuwiderhandelt;
- b) feuerpolizeilichen Vorschriften zuwiderhandelt, die gebotene Sorgfalt im Umgang mit offenem Feuer verletzt oder sonst wie eine Feueregefahr herbeiführt.

16.

Verordnung betreffend die Wässerungsverhältnisse am Riehenteich vom 30. April 1895²¹⁾ (Stand 1. Januar 2009) wird wie folgt geändert:

§ 9 Abs. 1 (geändert)

¹ Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der in § 2 dieser Verordnung aufgeführten Verträge oder gegen diese Verordnung unterliegen der Bestrafung gemäss § 14 des Übertretungsstrafgesetzes (ÜStG) vom 13. Februar 2019.

17.

Verordnung zum Energiegesetz (Energieverordnung, EnV) vom 29. August 2017²²⁾ (Stand 1. Juni 2018) wird wie folgt geändert:

Titel nach § 75 (neu)

H.^{bis} Strafbestimmungen

§ 75a (neu)

Strafbestimmungen

¹ Mit Busse wird bestraft, wer den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderhandelt.

18.

Verordnung betreffend Strassenmusik und Strassenkunst vom 10. Januar 2012²³⁾ (Stand 26. Februar 2017) wird wie folgt geändert:

Ingress (geändert)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt,

²⁰⁾ [SG 735.200](#)

²¹⁾ [SG 771.920](#)

²²⁾ [SG 772.110](#)

²³⁾ [SG 782.420](#)

gestützt auf §§ 5 und 11 des Übertretungsstrafgesetzes (ÜStG) vom 13. Februar 2019²⁴⁾ sowie auf § 17 der Verordnung über den Strassenverkehr (Strassenverkehrsverordnung, StVO) vom 17. Mai 2011²⁵⁾,

beschliesst:

19.

Kantonale Gewässerschutzverordnung vom 12. Dezember 2000²⁶⁾ (Stand 1. Juli 2016) wird wie folgt geändert:

§ 34 Abs. 1

¹ Zur Vollstreckung von Verfügungen ergreifen die zuständigen Behörden folgende Massnahmen:

- b) **(geändert)** Einleitung eines Strafverfahrens wegen Widerhandlung gegen Vorschriften der Gewässerschutz-Gesetzgebung;
- c) **(geändert)** Einleitung eines Strafverfahrens wegen Ungehorsams nach Artikel 292 des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937, soweit keine andere Strafbestimmung zutrifft.

Titel nach § 35 (neu)

H. bis Strafbestimmungen

§ 35a (neu)

Strafbestimmungen

¹ Mit Busse wird bestraft, wer den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderhandelt.

20.

Verordnung über Abfallsammlungen in der Stadt Basel (ASV) vom 11. Mai 1993²⁷⁾ (Stand 1. Juli 2016) wird wie folgt geändert:

Ingress (geändert)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt,

gestützt auf Art. 36 des Bundesgesetzes vom 7. Oktober 1983 über den Umweltschutz²⁸⁾, Art. 44 der Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (Abfallverordnung, VVEA) vom 4. Dezember 2015²⁹⁾, § 42 des Umweltschutzgesetzes Basel-Stadt (USG BS) vom 13. März 1991³⁰⁾ und §§ 1, 2 und 3 des Verwaltungsgebührengesetzes vom 9. März 1972³¹⁾,

beschliesst:

§ 19 Abs. 1

¹ Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt wird ermächtigt, bei Widerhandlungen

- c) *Aufgehoben.*

21.

Verordnung betreffend den Vollzug des Bundesgesetzes über die Heimarbeit vom 20. März 1981 vom 6. März 1984³²⁾ (Stand 1. Juli 2016) wird wie folgt geändert:

²⁴⁾ [SG 253.100](#)

²⁵⁾ [SG 952.200](#)

²⁶⁾ [SG 783.200](#)

²⁷⁾ [SG 786.150](#)

²⁸⁾ [SR 814.01](#)

²⁹⁾ [SR 814.600](#)

³⁰⁾ [SG 780.100](#)

³¹⁾ [SG 153.800](#)

³²⁾ [SG 812.500](#)

§ 7 Abs. 1 (geändert)

¹ Die Staatsanwaltschaft hat von jedem rechtskräftigen Urteil wegen Zuwiderhandlung gegen das Bundesgesetz dem Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) ohne Verzug zwei Ausfertigungen zuzustellen.

22.

Verordnung über den Strassenverkehr (Strassenverkehrsverordnung, StVO) vom 17. Mai 2011 ³³⁾ (Stand 1. Januar 2018) wird wie folgt geändert:

Ingress (geändert)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt,

in Vollziehung des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) vom 19. Dezember 1958 ³⁴⁾ und gestützt auf § 11 des Übertretungsstrafgesetzes (ÜStG) vom 13. Februar 2019 ³⁵⁾ sowie das Gesetz über die Verwaltungsgebühren vom 9. März 1972 ³⁶⁾,

beschliesst:

§ 6 Abs. 1 (geändert)

¹ Die Bewilligungen zur Nutzung des öffentlichen Raumes gemäss § 10 des Gesetzes über die Nutzung des öffentlichen Raumes (NöRG) vom 16. Oktober 2013 werden vom Bau- und Verkehrsdepartement erteilt, soweit nicht Vorschriften über die Märkte und Messen das Präsidialdepartement als zuständig bezeichnen. Die Organe des Bau- und Verkehrsdepartements haben, bevor sie Bewilligungen erteilen, welche eine Beeinträchtigung des Strassenverkehrs bewirken können, die Zustimmung der Abteilung Verkehr der Kantonspolizei einzuholen. Die Zustimmung kann für gewisse Fälle allgemein erteilt werden.

§ 25 Abs. 1 (geändert)

¹ Widerhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden mit Busse bestraft. Vorbehalten bleiben die einschlägigen Bestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937 und des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) vom 19. Dezember 1958.

23.

Verordnung betreffend die ausnahmsweise Zufahrt in die Innenstadt (Zufahrtsverordnung) vom 13. August 2013 ³⁷⁾ (Stand 1. Oktober 2018) wird wie folgt geändert:

§ 11 Abs. 1 (geändert)

¹ Widerhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden mit Busse bestraft. Vorbehalten bleiben die einschlägigen Bestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937 und des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) vom 19. Dezember 1958.

24.

Verordnung über die Parkraumbewirtschaftung (Parkraumbewirtschaftung, PRBV) vom 19. August 2014 ³⁸⁾ (Stand 1. März 2019) wird wie folgt geändert:

§ 20 Abs. 1 (geändert)

¹ Widerhandlungen gegen Vorschriften dieser Verordnung oder gegen Verfügungen, die in Anwendung dieser Verordnung erlassen werden, werden mit Busse bestraft. Vorbehalten bleiben die einschlägigen Bestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937 und des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) vom 19. Dezember 1958.

³³⁾ [SG 952.200](#)

³⁴⁾ [SR 741.01](#)

³⁵⁾ [SG 253.100](#)

³⁶⁾ [SG 153.800](#)

³⁷⁾ [SG 952.300](#)

³⁸⁾ [SG 952.560](#)

25.

Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt (Kleinschifffahrtsverordnung) vom 26. August 2008³⁹⁾ (Stand 20. Juni 2019) wird wie folgt geändert:

§ 7

Aufgehoben.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Verordnung ist zu publizieren; sie tritt am 1. Juli 2020 in Kraft. Auf den gleichen Zeitpunkt wird die Verordnung über die direkte Erhebung von Bussen für Übertretungen des baselstädtischen Rechts (Baselstädtische Ordnungsbussenverordnung) vom 6. Dezember 2005 aufgehoben.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin: Elisabeth Ackermann

Die Staatsschreiberin: Barbara Schüpbach-Guggenbühl

³⁹⁾ [SG 955.100](#)

Anhang

Ordnungsbussenliste

Übertretungsstrafgesetz (ÜStG) vom 13. Februar 2019:

Ziffer	Tatbestand	Fr.
01. 1.	Unzumutbare Belästigung trotz behördlicher Mahnung (§ 3 Abs. 1 ÜStG)	100
2.	Ernsthafte Störung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung (§ 3 Abs. 1 ÜStG)	150
02. 1.	Vorsätzliches oder fahrlässiges Verursachen von Lärm an Ruhetagen oder während der Nachtruhe trotz behördlicher Mahnung (§ 5 Abs. 1 lit. a ÜStG)	150
2.	Vorsätzliches oder fahrlässiges Benutzen von Lautsprecheranlagen oder in elektronischen Geräten verbauten Lautsprechern ohne Bewilligung trotz behördlicher Mahnung (§ 5 Abs. 1 lit. b ÜStG)	100
3.	Vorsätzliches oder fahrlässiges Verursachen von übermässigem Lärm durch Haus- und Gartenarbeiten oder landwirtschaftlichen Arbeiten trotz behördlicher Mahnung (§ 5 Abs. 1 lit. c ÜStG)	100
4.	Vorsätzliches oder fahrlässiges Verursachen von Lärm, der über das üblicherweise zu tolerierende Mass am fraglichen Ort oder zur fraglichen Zeit hinausgeht, trotz behördlicher Mahnung (§ 5 Abs. 1 lit. d ÜStG)	100
5.	Strassenmusizieren an verbotenen Ort und/oder zu verbotener Zeit trotz behördlicher Mahnung (§ 5 Abs. 1 lit. d ÜStG und §§ 1, 3 und 6 Verordnung betreffend Strassenmusik und Strassenkunst vom 10. Januar 2012)	100
6.	Strassenmusizieren länger als eine halbe Stunde am gleichen Ort trotz behördlicher Mahnung (§ 5 Abs. 1 lit. d ÜStG und §§ 2 und 6 Verordnung betreffend Strassenmusik und Strassenkunst vom 10. Januar 2012)	100
7.	Strassenmusizieren mit lautstarken Instrumenten (wie z.B. laut gespielte Schlag- und Blasinstrumente), überlautem Gesang sowie elektronischen Tonverstärkern trotz behördlicher Mahnung (§ 5 Abs. 1 lit. d ÜStG und §§ 4 und 6 Verordnung betreffend Strassenmusik und Strassenkunst vom 10. Januar 2012)	100
03. 1.	Vorsätzliche oder fahrlässige unzumutbare Belästigung durch Immissionen trotz behördlicher Mahnung (§ 6 Abs. 1 ÜStG)	100
04. 1.	Missachten von behördlichen Vorschriften über das Betreten oder Benützen von allgemein zugänglichen Orten (§ 7 Abs. 1 lit. a ÜStG)	50
2.	Unbefugtes Betreten von Landungsstegen und Fischergalgen (§ 7 Abs. 1 lit. b ÜStG)	50
3.	Missachten von signalisiertem oder markiertem Badeverbot (§ 7 Abs. 1 lit. c ÜStG)	100
4.	Benutzen von nicht eingelösten Schlauchbooten oder Strandbooten (§ 7 Abs. 1 lit. d ÜStG)	100

Ziffer	Tatbestand	Fr.
5.	Heranschwimmen an Schiffe (§ 7 Abs. 1 lit. d ÜStG)	100
6.	Springen von Brücken in öffentliche Gewässer (§ 7 Abs. 1 lit. e ÜStG)	150
05. 1.	Verrichten der Notdurft (§ 8 Abs. 1 ÜStG)	50
06. 1.	Parkieren auf Naturboden im öffentlichen Raum (§ 14 Abs. 1 lit. a ÜStG)	100
2.	Unbefugtes Anbringen von Werbe- oder Informationsmaterial oder anderen Anschlägen im öffentlichen Raum oder an öffentlichem Eigentum (§ 14 Abs. 1 lit. b ÜStG und § 1 Abs. 1 Plakatverordnung vom 7 Februar 1933); ohne Verwendung von Klebstoff	100
3.	Unbefugtes Anbringen von Werbe- oder Informationsmaterial oder anderen Anschlägen im öffentlichen Raum oder an öffentlichem Eigentum (§ 14 Abs. 1 lit. b ÜStG und § 1 Abs. 1 Plakatverordnung vom 7 Februar 1933); mit Verwendung von Klebstoff	150
07. 1.	Füttern von frei lebenden Tauben (§ 21 Abs. 1 ÜStG)	100

Gesetz betreffend das Halten von Hunden (Hundegesetz) vom 14. Dezember 2006:

Ziffer	Tatbestand	Fr.
08. 1.	Missachten der Vorschriften über die Beseitigung von Hundekot (§ 21 Abs. 1 Hundegesetz und § 3 Abs. 1 Hundeverordnung vom 10. Juli 2007)	100
2.	Missachten des Zutrittsverbots für Hunde (§ 21 Abs. 1 Hundegesetz und § 4 Abs. 1 Hundeverordnung vom 10. Juli 2007)	50
3.	Verbotenes Baden, Badenlassen und Säubern von Hunden in öffentlichen Brunnen (§ 21 Abs. 1 Hundegesetz und § 4 Abs. 2 Hundeverordnung vom 10. Juli 2007)	100
4.	Missachten von signalisierten Hundeverboten (§ 21 Abs. 1 Hundegesetz und § 4 Abs. 4 Hundeverordnung vom 10. Juli 2007)	50
5.	Missachten der vorgeschriebenen Hundeführung an der kurzen Leine (§ 21 Abs. 1 Hundegesetz und § 4 Abs. 4 Hundeverordnung vom 10. Juli 2007)	50
6.	Nichtanbringen der Registrierungsmarke (§ 21 Abs. 1 Hundegesetz und § 6 Abs. 5 Hundeverordnung vom 10. Juli 2007)	50

Gesetz betreffend die Kantonspolizei des Kantons Basel-Stadt (Polizeigesetz, PolG) vom 13. November 1996:

Ziffer	Tatbestand	Fr.
09. 1.	Abbrennen von pyrotechnischen Gegenständen ohne Bewilligung (§ 66a Abs. 2 PolG)	150

**Gesetz betreffend das Erbringen von Taxidienstleistungen (Taxigesetz)
vom 3. Juni 2015:**

Ziffer	Tatbestand	Fr.
10. 1.	Aufstellen eines Taxis in unmittelbarer Nähe zu einem öffentlichen Standplatz (§ 14a Abs. 1 Taxigesetz und § 3 Abs. 1 Taxiverordnung vom 25. April 2017)	50
2.	Aufstellen eines Taxis auf öffentlichem Standplatz, ohne dass die Taxifahrerin oder der Taxifahrer anwesend ist (§ 14a Abs. 1 Taxigesetz und § 3 Abs. 2 Taxiverordnung vom 25. April 2017)	50
3.	Ausführen von Unterhaltsarbeiten auf öffentlichem Standplatz (§ 14a Abs. 1 Taxigesetz und § 3 Abs. 2 Taxiverordnung vom 25. April 2017)	50
4.	Anlocken von Kundschaft durch Zurufe oder auf andere Weise (§ 14a Abs. 1 Taxigesetz und § 9 Abs. 1 lit. e Taxiverordnung vom 25. April 2017)	100
5.	Herumfahren zur Anwerbung von Kundschaft (§ 14a Abs. 1 Taxigesetz und § 9 Abs. 1 lit. e Taxiverordnung vom 25. April 2017)	100
6.	Durchführen von Privatfahrten, ohne die Taxikennlampe zu entfernen oder abzudecken (§ 14a Abs. 1 Taxigesetz und § 9 Abs. 2 Taxiverordnung vom 25. April 2017)	100
7.	Nichtanbringen einer Taxikennlampe oder Anbringen einer nicht den gesetzlichen Erfordernissen entsprechenden Taxikennlampe (§ 14a Abs. 1 Taxigesetz und § 10 Abs. 2 Taxiverordnung vom 25. April 2017)	50
8.	Verwenden eines Taxifahrzeugs ohne Beschriftung oder nicht den gesetzlichen Erfordernissen entsprechender Beschriftung (§ 14a Abs. 1 Taxigesetz und § 10 Abs. 3 Taxiverordnung vom 25. April 2017)	50
9.	Verwenden eines Taxifahrzeugs ohne Debit- oder Kreditkartenzahlungssystem (§ 14a Abs. 1 Taxigesetz und § 10 Abs. 4 Taxiverordnung vom 25. April 2017)	50
10.	Verwenden eines Taxifahrzeugs ohne elektronisches Quittierungssystem (§ 14a Abs. 1 Taxigesetz und § 10 Abs. 4 Taxiverordnung vom 25. April 2017)	50
11.	Nichtmitführen einer Kindersitzerhöhung (§ 14a Abs. 1 Taxigesetz und § 10 Abs. 5 Taxiverordnung vom 25. April 2017)	50
12.	Nichtmitführen der Taxitarifverordnung (§ 14a Abs. 1 Taxigesetz und § 10 Abs. 6 Taxiverordnung vom 25. April 2017)	20

Ziffer	Tatbestand	Fr.
13.	Nichtmitführen des Prüfprotokolls des Taxameters (§ 14a Abs. 1 Taxigesetz und § 10 Abs. 6 Taxiverordnung vom 25. April 2017)	20
14.	Nichtmitführen eines Stadtplans des Kantons Basel-Stadt mit eingezeichneter Kantonsgrenze (§ 14a Abs. 1 Taxigesetz und § 10 Abs. 6 Taxiverordnung vom 25. April 2017)	20
15.	Nichtanbringen der Taxifahrbewilligung oder Foto sowie Vor- und Nachname der Taxifahrerin oder des Taxifahrers für die Kundschaft nicht gut sichtbar (§ 14a Abs. 1 Taxigesetz und § 12 Abs. 1 Taxiverordnung vom 25. April 2017)	50
16.	Nichtanbringen von Namen und Telefonnummer der Einsatzzentrale, Namen des Taxibetriebs sowie Grundtaxe, Fahrtarife, Wartezeittaxe und allfälligen Zuschlägen im Innern des Taxifahrzeugs oder Informationen nicht von allen Fahrgastplätzen aus gut lesbar (§ 14a Abs. 1 Taxigesetz und § 12 Abs. 2 Taxiverordnung vom 25. April 2017)	50
17.	Nichtanbringen von Grundtaxe, Fahrtarife, Wartezeittaxe auf der Beifahrerseite des Taxifahrzeugs oder Informationen von aussen nicht gut sichtbar (§ 14a Abs. 1 Taxigesetz und § 12 Abs. 3 Taxiverordnung vom 25. April 2017)	50

Gesetz über die Industriellen Werke Basel (IWB-Gesetz) vom 11. Februar 2009:

Ziffer	Tatbestand	Fr.
11. 1.	Besteigen von Trägern elektrischer Leitungen oder öffentlichen Kandelabern (§ 37a Abs. 1 lit. b IWB-Gesetz)	100

Umweltschutzgesetz Basel-Stadt (USG BS) vom 13. März 1991:

Ziffer	Tatbestand	Fr.
12. 1.	Nichtaufstellen eines Abfalleimers während den Öffnungszeiten vor der Verkaufsstelle (§§ 20a Abs. 4 und 51a Abs. 1 lit. b USG BS)	50
2.	Unzeitiges Bereitstellen von Abfall auf uneingefriedeten privaten Vorplätzen in der Nähe der Allmendgrenze, auf dem Trottoir oder am Strassenrand (§§ 28 Abs. 1 und 51a Abs. 1 lit. a USG BS und §§ 7 Abs. 1, 8 Abs. 1 und Abs. 2 Verordnung über Abfallsammlungen in der Stadt Basel vom 11. Mai 1993)	50
3.	Verbotenes Beseitigen von Kleinabfällen, sogenanntes Littering (§§ 28 Abs. 1 und 51a Abs. 1 lit. g USG BS und § 18 Abs. 1 lit. b Verordnung über Abfallsammlungen in der Stadt Basel vom 11. Mai 1993)	100
4.	Verbotenes Beseitigen von Haushaltabfällen in Abfallbehältern auf Strassen, Plätzen und in öffentlichen Anlagen (§§ 28 Abs. 1 und 51a Abs. 1 lit. g USG BS und § 18 Abs. 1 lit. d Verordnung über Abfallsammlungen in der Stadt Basel vom 11. Mai 1993)	100

5.	Verbotenes Beseitigen von Haushaltabfällen, Sperrgut und Elektroschrott im öffentlichen Raum (§§ 28 Abs. 1 und 51a Abs. 1 lit. g USG BS vom 11. Mai 1993)	200
----	---	-----

Waldgesetz Basel-Stadt (WaG BS) vom 16. Februar 2000:

Ziffer	Tatbestand	Fr.
13. 1.	Verbotenes Befahren von Waldstrassen mit Motorfahrzeugen (§§ 10 Abs. 1 und 37 Abs. 1 WaG BS)	100
2.	Verbotenes Radfahren und Reiten ausserhalb von Waldstrassen und dafür gekennzeichneten Wegen (§§ 11 Abs. 1 und 37 Abs. 1 WaG BS)	50

Gesetz über die Fischerei im Kanton Basel-Stadt vom 13. Dezember 1978:

Ziffer	Tatbestand	Fr.
14. 1.	Nichtmitführen der Fischereikarte, des Fangbüchleins sowie eines amtlichen Ausweises beim Fischen (§ 4 Abs. 1 Gesetz über die Fischerei im Kanton Basel-Stadt und § 12 Abs. 1 Fischereiverordnung vom 8. Februar 2011)	50
2.	Nichteinhalten der zeitlichen und örtlichen Einschränkungen der Fischerei (§ 4 Abs. 1 Gesetz über die Fischerei im Kanton Basel-Stadt sowie §§ 8, 14 und 21 Fischereiverordnung vom 8. Februar 2011)	100
3.	Nichteintragen von behändigten Fischen im Fangbüchlein (§ 4 Abs. 1 Gesetz über die Fischerei im Kanton Basel-Stadt und § 19 Abs. 1 Fischereiverordnung vom 8. Februar 2011)	100
4.	Nichteintragen des Fischgangs (Datum) im Fangbüchlein (§ 4 Abs. 1 Gesetz über die Fischerei im Kanton Basel-Stadt und § 19 Abs. 2 Fischereiverordnung vom 8. Februar 2011)	50

Verordnung über den Strassenverkehr (Strassenverkehrsverordnung, StVO) vom 17. Mai 2011:

Ziffer	Tatbestand	Fr.
15. 1.	Aufstellen von mobilen Einrichtungen zur Signalisation und Abschränkungen im Bereich öffentlicher Strassen ohne Anschrift der Eigentümerin oder des Eigentümers (§§ 7 Abs. 3 und 25 Abs. 1 StVO)	100
2.	Reservieren von Parkraum mittels Aufstellen von privatem Material (§§ 10 Abs. 2 und 25 Abs. 1 StVO)	100
3.	Parkieren von Motorfahrzeugen mit mehr als 1'200 kg Nutzlast sowie von Anhängern aller Art über Nacht auf der Allmend ausserhalb von dafür besonders gekennzeichneten Parkplätze (§§ 10 Abs. 3 und 25 Abs. 1 StVO)	100
4.	Reinigen von Fahrzeugen auf Allmend (§§ 11 Abs. 1 und 25 Abs. 1 StVO)	100
5.	Reparieren von Fahrzeugen auf Allmend ohne Notfallsituation (§§ 11 Abs. 2 und 25 Abs. 1 StVO)	100

Anhang 1

Zuständigkeit der Kantonspolizei zur Durchführung des polizeilichen Ermittlungsverfahrens bei Vergehen

Erlass	Artikel
Ausländer- und Integrationsgesetz (SR 142.20)	115 Abs. 1 und 2
	116 Abs. 1 und 2
	117 Abs. 1 und 2
	118 Abs. 1 und 2
	119 Abs. 1
Schweizerisches Strafgesetzbuch (SR 311.0)	128 ^{bis}
	237 Ziff. 1 Abs. 1 und Ziff. 2
	238 Abs. 2
	239
	291
Tierschutzgesetz (SR 455)	26
Waffengesetz (SR 514.54)	33 Abs. 1
Strassenverkehrsgesetz (SR 741.01) und zugehörige Verordnungen	Vergehen
Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt (SR 747.201)	Vergehen
Chemikaliengesetz (SR 813.1)	49 (Tränengas)
Umweltschutzgesetz (SR 814.01)	60 Abs. 1 lit. n und p
Tierseuchengesetz (SR 916.40)	47 Abs. 2
Jagdgesetz (SR 922.0)	17
Geldspielgesetz (SR 935.51)	130 Abs. 1 und Abs. 3, unter Vorbehalt der Zuständigkeit der ESBK (Art. 134 BGS)
Sprenstoffgesetz (SR 941.41)	37 Ziff. 1 (Vergehen)

Anhang 2

Zuständigkeit für die Durchführung des polizeilichen Ermittlungsverfahrens bei Übertretungen

Erlass	Artikel / §	Zuständige Behörde
Bundesarlasse		
Ausländer- und Integrationsgesetz (SR 142.20)	115 Abs. 3	JSD, WSU, GWK
	117 Abs. 3	JSD, WSU, GWK
	117a	WSU
	120	JSD, WSU, GWK
Verordnung über die Einführung des freien Personenverkehrs (SR 142.203)	32a	JSD, WSU
Asylgesetz (SR 142.31)	116 lit. a	JSD
Zivilstandsverordnung (SR 211.112.2)	91 Abs. 1	JSD
Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (SR 211.412.41)	28 Abs. 3, 29 Abs. 2, 30 Abs. 2 und 3, 31	Stawa
Bundesgesetz über den Datenschutz (SR 235.1)	34, 35	JSD
Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (SR 241)	24	JSD, WSU
Zivilprozessordnung (SR 272)	258 Abs. 1	JSD
Schweizerisches Strafgesetzbuch (SR 311.0)	179 ^{septies}	JSD
	199	JSD
	282 ^{bis}	PD
	292	JSD, PD, BVD, ED, FD, GD, WSU, Gebäudeversicherung / Abteilung Feuerpolizei
	295	JSD, Appellationsgericht, Strafgericht
	323	Zivilgericht (Verfolgung durch Betreibungs- und Konkursamt)
	übrige Übertretungen	Stawa
Berufsbildungsgesetz (SR 412.10)	62, 63	ED
Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (SR 451)	24a	JSD, BVD

Erlass	Artikel / §	Zuständige Behörde
Tierschutzgesetz (SR 455)	27 Abs. 2, 28	JSD, GD
Waffengesetz (SR 514.54)	33 Abs. 2	JSD
	34	JSD
	34 Abs. 1 lit. f	GWK, EZV
Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz (SR 520.1)	68 Abs. 2 - 4, 69 Abs. 1 und 2	JSD
Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe (SR 661)	41, 43	JSD
Alkoholgesetz (SR 680)	57	JSD, BVD
Strassenverkehrsgesetz (SR 741.01) und zugehörige Verordnungen	Übertretungen	JSD, BVD, GWK, EZV
Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Strasse (SR 741.621)	19 - 22	JSD
Eisenbahngesetz (SR 742.101)	86	JSD, Transportunternehmen der öffentlichen Hand (wie BVB und SBB)
Nationalstrassenabgabegesetz (SR 741.71)	14	JSD
Personenbeförderungsgesetz (SR 745.1)	57 Abs. 3 und 4	Transportunternehmen der öffentlichen Hand (wie BVB und SBB)
Bundesgesetz über die Binnenschiffahrt (SR 747.201)	Übertretungen	JSD, WSU
Fortpflanzungsmedizingesetz (SR 810.11)	37	GD
Bundesgesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen (SR 810.12)	37, 38 Abs. 1	GD
Transplantationsgesetz (SR 810.21)	70	GD
Humanforschungsgesetz (SR 810.30)	63	GD
Stammzellenforschungsgesetz (SR 810.31)	25	GD
Medizinalberufegesetz (SR 811.11)	58	GD
Betäubungsmittelgesetz (SR 812.121)	19a	JSD, Stawa
	19c, 21 Abs. 2, 22	Stawa
Heilmittelgesetz (SR 812.21)	87 Abs. 1 und 3	GD
Chemikaliengesetz (SR 813.1)	50	JSD, GD
Umweltschutzgesetz (SR 814.01)	61	WSU

Erlass	Artikel / §	Zuständige Behörde
	61 Abs. 1 lit. d und e sowie 61 Abs. 1 lit. d und e in Ver- bindung mit 61 Abs. 2	GD
	61 Abs. 1 lit. a und k	JSD
Gewässerschutzgesetz (SR 814.20)	71	WSU
Lebensmittelgesetz (SR 817.0)	64	GD
Epidemiengesetz (SR 818.101)	83	GD
Bundesgesetz zum Schutz vor Passiv- rauchen (SR 818.31)	5	JSD, BVD
Bundesgesetz über die Produktesicher- heit (SR 930.11)	17	WSU
Arbeitsgesetz (SR 822.11)	60, 61 Abs. 2	WSU
Arbeitszeitgesetz (SR 822.21)	24	WSU
Heimarbeitsgesetz (SR 822.31)	12	WSU
Bundesgesetz gegen die Schwarzarbeit (SR 822.41)	18	JSD, WSU
Arbeitsvermittlungsgesetz (SR 823.11)	39 Abs. 1 - 3	WSU
Entsendegesetz (SR 823.20)	12	JSD, WSU
Bundesgesetz über die Alters- und Hin- terlassenenversicherung (SR 831.10)	88	WSU
Bundesgesetz über die berufliche Al- ters-, Hinterlassenen- und Invalidenvor- sorge (SR 831.40)	75	WSU
Krankenversicherungsaufsichtsgesetz (SR 832.12)	54	GD, WSU
Bundesgesetz über die Unfallversiche- rung (SR 832.20)	112 Abs. 2 - 4	WSU
Arbeitslosenversicherungsgesetz (SR 837.0)	106	WSU
Tierseuchengesetz (SR 916.40)	47 Abs. 1 und 3, 48	JSD, GD
Jagdgesetz (SR 922.0)	18	JSD, Gemeinden Bettingen und Riehen
Geldspielgesetz (SR 935.51)	131	JSD, unter Vorbehalt der Zuständigkeit der ESBK (Art. 134 BGS)
Psychologieberufegesetz (SR 935.81)	45	GD
Sprengstoffgesetz (SR 941.41)	37 Ziff. 1 (Übertretungen) und Ziff. 2	JSD

Erlass	Artikel / §	Zuständige Behörde
	38 Ziff. 1 (Übertretungen) und Ziff. 2	JSD
Waldgesetz (SR 921.0)	43	JSD, WSU, Revierförsterrinnen und Revierförster, Kreisforstingenieurin und Kreisforstingenieur, Kantonsforstingenieurin oder Kantonsforstingenieur, Gemeinden Bettingen und Riehen
Bundesgesetz über die Fischerei (SR 923.0)	17	JSD, WSU
Messgesetz (SR 941.20)	21	WSU
Bundesgesetz über das Gewerbe der Reisenden (SR 943.1)	14	JSD, PD
Kantonale Erlasse		
Gesetz über Niederlassung und Aufenthalt (SG 122.200)	14 Abs. 1	JSD, Gemeinden Bettingen und Riehen
Informations- und Datenschutzgesetz (SG 153.260)	51	JSD
Übertretungsstrafgesetz (SG 253.100)	3	JSD
	4	JSD
	5	JSD
	6	JSD, WSU
	7 Abs. 1 lit. a	JSD, ED (Sport- und Bewegungsanlagen), FD (öffentliche Parkhäuser)
	7 Abs. 1 lit. b - e	JSD
	8	JSD
	9	JSD
	10	JSD
	11	JSD
	12	JSD
	13	JSD
	14 Abs. 1 lit. a	JSD, BVD, WSU
	14 Abs. 1 lit. b	JSD, WSU
	15	JSD
	16 Abs. 1 lit. a und b	ED

Erlass	Artikel / §	Zuständige Behörde
	16 Abs. 1 lit. c	JSD, BVD, WSU
	17	FD
	18	JSD
	19	JSD, GD
	20	JSD, GD
	21	JSD, GD
Advokaturgesetz (SG 291.100)	28a	Appellationsgericht (Verfolgung durch Aufsichtskommission über die Anwältinnen und Anwälte)
Notariatsgesetz des Kantons Basel-Stadt (SG 292.100)	59a	JSD
Gesundheitsgesetz (SG 300.100)	63, 64a, 64b, 64c	GD
Hundegesetz (SG 365.100)	21	JSD, BVD, GD, Gemeinden Bettingen und Riehen
Gesetz betreffend die Bestattungen (SG 390.100)	32	BVD
Kantonales Gesetz über die Berufsbildung (SG 420.200)	51	ED
Gesetz über den Denkmalschutz (SG 497.100)	31a	BVD
Polizeigesetz (SG 510.100)	64 Abs. 4, 66a Abs. 2	JSD
Verordnung betreffend Messen und Märkte in der Stadt Basel (SG 562.320)	44 Abs. 1	PD
Trödel- und Pfandleihverordnung (SG 562.530)	29	JSD
Gastgewerbegesetz (SG 563.100)	41	JSD, BVD, GD, WSU
Taxigesetz (SG 563.200)	14a	JSD
Gesetz betreffend öffentliche Filmvorführungen und Abgabe von elektronischen Trägermedien (SG 569.100)	13	ED
Spielcasinogesetz (SG 569.300)	18	JSD
Gesetz betreffend die Erhebung einer Gasttaxe (SG 650.400)	15	WSU
Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raumes (SG 724.100)	48	BVD
Bau- und Planungsgesetz (SG 730.100)	92a, 161 Abs. 2	BVD

Erlass	Artikel / §	Zuständige Behörde
Verordnung über den Brandschutz (SG 735.200)	41a	JSD, BVD, Gebäudeversicherung / Abteilung Feuerpolizei
Energiegesetz (SG 772.100)	40a	WSU
Energieverordnung (SG 772.110)	75a	WSU
IWB-Gesetz (SG 772.300)	37a	WSU
	37a Abs. 1 lit. b	JSD, WSU
Umweltschutzgesetz Basel-Stadt (SG 780.100)	51a Abs. 1 lit. a, b und g	JSD, WSU
	51a Abs. 1 lit. c - f und h - m	WSU
Kantonale Gewässerschutzverordnung (SG 783.200)	35a	WSU
Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz (SG 789.100)	27	BVD
Baumschutzgesetz (SG 789.700)	23	BVD
Gesetz über öffentliche Ruhetage und Ladenöffnung (SG 811.100)	12	WSU
Wohnraumfördergesetz (SG 861.500)	20	FD, WSU
Waldgesetz Basel-Stadt (SG 911.600)	37	JSD, WSU, Revierförsterrinnen und Revierförster, Kreisforstingenieurin und Kreisforstingenieur, Kantonsforstingenieurin oder Kantonsforstingenieur, Gemeinden Bettingen und Riehen
Gesetz über die Fischerei im Kanton Basel-Stadt (SG 912.500)	4	JSD, WSU
Strassenverkehrsverordnung (SG 952.200)	25	JSD
Zufahrtsverordnung (SG 952.300)	11	JSD
Parkraumbewirtschaftung (SG 952.560)	20	JSD
Interkantonale Vereinbarungen (Konkordate)		
Interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen (SG 419.900)	11	ED, GD
Rheinhafen-Vertrag (SG 955.400)	35	Schweizerische Rheinhäfen (SRH)

Erlass	Artikel / §	Zuständige Behörde
Kommunale Erlasse		
Ordnung betreffend Gartenarbeiten mit motorisch betriebenen Geräten (BeE 253.150)	Übertretungen	Gemeinde Bettingen
Strassen- und Kanalisationsordnung (BeE 750.100)	18	Gemeinde Bettingen
Abfallordnung (BeE 786.100)	25	Gemeinde Bettingen
Reglement zum Schutz von Ort, Feld, Wald und Flur (RiE 253.100)	Übertretungen	Gemeinde Riehen
Allmendordnung (RiE 724.100)	14 Abs. 2	Gemeinde Riehen
Reglement über die Strassenreinigung in der Gemeinde Riehen (RiE 727.200)	9	Gemeinde Riehen
Strassen- und Kanalisationsordnung (RiE 750.100)	19	Gemeinde Riehen
Wässerungsordnung für den Aubach und das Immenbächlein (RiE 771.200)	7	Gemeinde Riehen
Abfallordnung (RiE 786.100)	25	Gemeinde Riehen

Abkürzungen:

BeE	Gesetzessammlung der Einwohnergemeinde Bettingen
BVB	Basler Verkehrs-Betriebe
BVD	Bau- und Verkehrsdepartement
EZV	Eidgenössische Zollverwaltung
FD	Finanzdepartement
GD	Gesundheitsdepartement
GWK	Grenzwachtkorps
JSD	Justiz- und Sicherheitsdepartement
PD	Präsidialdepartement
RiE	Gesetzessammlung der Einwohnergemeinde Riehen
SBB	Schweizerische Bundesbahnen
SG	Gesetzessammlung des Kantons Basel-Stadt
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
Stawa	Staatsanwaltschaft des Kantons Basel-Stadt
WSU	Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

Anhang 3

Zuständigkeit bei von Jugendlichen begangenen Vergehen und Übertretungen

Erläss	Artikel / §	Zuständige Behörde
Ausländer- und Integrationsgesetz (SR 142.20)	115 Abs. 1 und 2	JSD
	118 Abs. 1 und 2	JSD
	119 Abs. 1	JSD
Strassenverkehrsgesetz (SR 741.01)	Verkehrsunfälle, 93 Abs. 2	JSD